

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Erste Ausgabe / März 2010

Vorwort

RandNotizen 01

Wir leben in kriegerischen Zeiten. Der „soziale Frieden“ wird zunehmend mit wachsender Repression und Kontrolle aufrechterhalten. In Afghanistan führt eine „Task Force 47“ Krieg gegen Aufständische. In Neukölln nimmt die „Task Force Okerstraße“ (TFO) bestimmte Bevölkerungsgruppen ins Visier. „Task Force“ sei kein militärischer Begriff, sondern einer der Sozialarbeit, erklärte Kerstin Schmiedeknecht, Leiterin des QM Schillerpromenade. Was ist das für eine „Sozialarbeit“?, fragen wir (Seite 12, „Task Force Okerstraße – Eine Kriegserklärung“). Die gegenwärtige Situation Neuköllns ist soziale Realität. Die „Mißstände“ sind Zustände, und die gilt es zu kritisieren und zu verändern. Wir sagen: Probleme müssen an ihrer Wurzel bekämpft werden, weshalb für uns die Kritik der kapitalistischen Verhältnisse nach wie vor zwingender Bestandteil von Stadtteilinitiativen bleibt.

Die Zeitung entstand im Zuge der unabhängigen Stadtteilversammlungen, die zunächst in Reaktion auf die Veröffentlichung des „TaskForce“ Strategiepapiers organisiert wurden. Nach einigen Protesten riefen die vermeintlichen Friedensengel des Bezirkes Buschkowsky und Felgentreu zur Besinnung. Auch der Regierende Bürgermeister Wowereit höchstpersönlich sah sich gezwungen, Solidarität mit dem Quartiersmanagement Schillerpromenade zu üben. In dieser Zeitung wollen wir unsere Gründe genauer darlegen, warum die TFO und das QM kein Instrument zur allgemeinen Verbesserung der Lebensqualität in diesem Kiez sind (Seite 4, „Quartiersmanagement – Was steckt dahinter?“). Die Zusammenhänge der TFO mit dem Quartiersmanagement, die Aufwertung der Stadtteile und die sozialen Verhältnisse, machten es notwendig, auch unsere Themenfelder entsprechend auszuweiten.

In der nächsten Ausgabe wollen wir uns mit dem Thema Mietentwicklung, Sanierung und Aufwertung genauer beschäftigen. Da die Datenlage sehr schlecht ist, haben wir einen Fragebogen entworfen (Seite 18, „Wem gehört der Schillerkiez?“). Wir hoffen, dass möglichst viele davon ausgefüllt an uns zurück geschickt werden.

Nicht nur die Bedrohung durch die QM-Politik und die Gefahr der Gentrifizierung hängen wie das Schwert des Damokles über dem Kiez, auch die Nazis greifen vermehrt linke Projekte im Kiez an. Wir hoffen, dass es gelingt, nicht nur solidarischen Widerstand gegen Nazis zu organisieren, sondern auch gegen staatliche Ordnungspolitik, Rassismus und die zunehmende Verschlechterung der Lage der LohnarbeiterInnen und Arbeitslosen.

Die einzelnen Artikel sind kein Ergebnis einer kollektiven Diskussion, sondern Produkte einzelner Personen. Wir erhoffen uns vor Allem, dass diese zu Debatten und Kritik anregen. Eine Zeitung zu erstellen, bedeutet viel Arbeit und Geduld. Da wir keine professionellen Redakteure sind, ist die Sprache nicht einheitlich und einige Wiederholungen sind nicht ausgeschlossen.

Diese Zeitung versteht sich als offenes Projekt, wir freuen uns immer über Texte und Menschen, die sich beteiligen möchten. Besonders dringend suchen wir Personen, die einzelne Texte in andere Sprachen übersetzen können. Wegen mangelnder Ressourcen konnte diese Ausgabe leider nur auf deutsch erscheinen.

Die nächste Stadtteilversammlung wird am 12. April 2010 in der „Lange Nacht“ um 20 Uhr stattfinden. Wir hoffen, dass viele von euch kommen werden.

Eure RandNotizen

Erreichen könnt ihr uns unter nk44.blogspot.de/ oder unter smashtaskforce@freenet.de
ViSDP: Gerlinde Wagner, Weisestr. 53, 12049 Berlin

Inhaltsverzeichnis

04 Quartiersmanagement – Was steckt dahinter?

Ein Blick auf die Hintergründe des Quartiersmanagements
Schillerpromenade und seine Funktion.

06 Wer Macht die Stadt?

Stadtentwicklung als Betätigungsfeld privater
Beratungsfirmen

+ Sanierungsmaßnahmen & Gentrifizierung

Warum Sanierungsmaßnahmen Verdrängungsprozesse in
Gang setzen und welche Auswirkungen das auf die
Bevölkerungsstruktur hat.

09 Die Aufteilung der Gesellschaft

Das „Monitoring Soziale Stadt“ erstellt eine Landkarte
der „Problemgruppen“

10 „Stadterneuerung“ in Neukölln

Die Pläne des Senats für die Stadterneuerung Neuköllns.
Eine kurze Zusammenfassung.

11 Integration, wozu?

Auch die Quartiermanagements spielen im Chor des Integ-
rationsdiskurses mit. „Integration, aber wozu denn?“

12 Task Force Okerstraße – Eine Kriegserklärung

Für wen wird es nach dem Frühjahrsputz der TFO noch
Platz im Schillerkiez geben?

14 Ein Stadtteil regt sich

Proteste gegen die Entwicklung im Schillerkiez.
Task Force und QM im Fokus der Stadtteilversammlung
und einiger *Überflüssiger*.

16 Krieg ist Frieden – Vertreibung heißt Verbesserung

Wie die kritische Arbeit im Kiez verunglimpft und die Welt
dabei auf dem Kopf gestellt wird.

18 Wem gehört der Schillerkiez?

Die Umfrage zur Klärung der aktuellen Sanierungs- und
Verdrängungstendenz



Quartiersmanagement – Was steckt dahinter?

Ein Blick auf die Hintergründe des Quartiersmanagements Schillerpromenade und seine Funktion. Statt Anwohnerbeteiligung wird eher wie ein Geheimbund agiert und eine panische Angst vor Öffentlichkeit gezeigt.

Die ersten Quartiersmanagements (QM) wurden 1999 in Zusammenhang mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ eingerichtet. Dieses galt als staatliche Antwort auf steigende Armut in (ehemaligen) Arbeitervierteln wie Neukölln, Wedding, Kreuzberg, Marzahn, Spandau aber auch in Friedrichshain und Prenzlauer-Berg. Als Vorbild galten, die in anderen EU-Ländern ähnlich geführten Programme, wie etwa in Frankreich, wo es regelmäßig zu Aufständen von Jugendlichen kommt. Solche Ansätze werden von der EU stark unterstützt.

Neuartige Verwaltungsstrukturen

Bei den QMs handelt es sich um kleine neuartige Verwaltungsstrukturen, die direkt im Kiez verankert sind. Dennoch sind die QMs nicht Teil der Stadtverwaltung, sondern werden von privaten Firmen getragen (Seite 6, „Wer Macht die Stadt?“). Diese haben den Anspruch fachübergreifend zu arbeiten und die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Verwaltungsbereichen zu fördern.

Mit den Jahren wurden in Berlin immer mehr QMs eingerichtet, sodass es heute 34 von ihnen gibt. Für die Jahre 2007-2013 werden 151 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Viel Geld könnte man denken. Dieser Eindruck muss jedoch relativiert werden, wenn man die gleichzeitigen Kürzungen in vielen Bereichen vor Auge hat und wenn zusammengerechnet wird, dass die Löhne der QuartiermanagerInnen für die jeweiligen QMs und die Mieten für die Büroräumlichkeiten davon abgezogen werden müssen. Dann bleibt eigentlich für die Förderung von lokalen Projekten wenig übrig. Diese liegen im allgemeinen unter 1000 Euro im Jahr, seltener bei 5000 oder 10 000 Euro und mehr. Die hohen Summen kommen eher großen Baumaßnahmen zugute. Für den Umbau der Genezareth-Kirche im Schillerkiez z. B. wurden eine Million Euro öffentlicher Gelder bereitgestellt.

Das Stadtteilimage verändern

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ geht es vielmehr darum, das Image des Stadtteiles zu verändern, damit er für ImmobilieninvestorInnen und für die Mittelschicht attraktiver wird. Dabei spielt Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle. So finanzieren die QMs beispielsweise Webseiten und Kiezzeitungen, die möglichst wenig über die sozialen Probleme berichten. Die QuartiermanagerInnen sagen, sie könnten daran nichts ändern. Hauptsache, der Eindruck entsteht, dass das Leben trotz globaler Verarmung der Bevölkerung «schön» ist.

Die QMs setzen auch sehr viel auf ehrenamtliches Engagement. So wird ständig die Mitwirkung der AnwohnerInnen beschworen. Dabei geht es aber weniger darum, über die Entwicklung des eigenen Stadtteiles zu bestimmen, als eine Politik von oben zu legitimieren.

Schillerkiez:

Anwohnerbeteiligung in geschlossenem Kreis

Bei dem QM ist viel von AnwohnerInnenbeteiligung und Mitwirkung der im Kiez lebenden Menschen die Rede. Doch die Praxis sieht anders aus. Im März 2006 wurde ein so genannter Quartiersbeirat ins Leben gerufen. Seine MitgliederInnen werden alle zwei Jahre gewählt – die nächste Wahl findet im April 2010 statt. Dafür wurde zu BewohnerInnenveranstaltungen gerufen – bei den einzigen, die überhaupt stattgefunden haben, konnte kaum jemand die Termine mitkriegen. Anwesend waren dabei 20 bis 30 Menschen, überwiegend VertreterInnen von Vereinen, Projekten und Institutionen, die sich dann selber in den Beirat wählen konnten. Unter den 28 Mitgliedern sind letzten Endes nur 17 Bewohner des Schillerkieses. So erwecken die QM-Sitzungen eher den Eindruck einer Geheimveranstaltung, an der sich kaum BewohnerInnen beteiligen. ...

Von der zweimonatigen Kiez-AG aus VertreterInnen von Kitas, Schulen, Sozial- und Kunstprojekten, ist ebenso wenig mitzubekommen. Was in den Gremien beredet wird, findet sich weder auf der Website des QM noch in der sogenannten „Promenadenpost“ des QMs.

Spielwiese für redengewandte Menschen

In der Kiez-AG wie im Quartiersbeirat sitzen überwiegend VertreterInnen von Institutionen, Interessensverbänden und Vereinen. Diesen „Professionellen“ geht es darum, sich gegenseitig Gelder für ihre Projekte zuzuschancen, nach der Devise: Unterstützt du mein Projekt, unterstütz ich deins. Die aktiven Bewohner sind eher der weissen Mittelschicht zuzurechnen, die hier nicht groß vertreten ist. Das QM erscheint wie eine Spielwiese für gebildete, redengewandte Menschen, für Leute, die es gewohnt sind, ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen. Dabei verwechseln sie ihre speziellen Bedürfnisse mit denen der Mehrheit.

Durch die Geschäftsordnung für Quartiersbeiräte in Gebieten des Programmes „Sozialen Stadt“, wird die Beteiligung thematisch beschränkt. Laut dieser können die mitwirkenden BürgerInnen dort lediglich über den Einsatz der bereitgestellten Mittel für «stabilisierende und gebietsaufwertende Projekte» (§1) entscheiden. Über die Gesamthöhe der Gelder wird jedoch an anderer Stelle entschieden, so dass die primäre Entscheidung bei den übergeordneten Institutionen des Staates verbleibt, die sich sogar «Änderungen der Rahmengeschäftsordnung» (§9) vorbehalten.

„Das Berliner Quartiersverfahren ist beteiligungshemmend, hieß es in der Ausgabe 2/2009 der «Reuter» (Zeitung des QMs Reuterkiez). Was da zum QM Reuterkiez gesagt wird, stimmt auch für das hiesige QM. Dabei ist im Reuterkiez der Zugang zum Quartiersbeirat für alle offen und die Beteiligung viel größer. Es gibt auch mehr Arbeitsgruppen und deutlich mehr Veranstaltungen als im QM Schillerpromenade. Die einzig öffentliche Aktion ist das Kiezfest in der Schillerpromenade, das einmal im Jahr von einer externen Agentur veranstaltet wird.

Teure Medien mit wenig Inhalt

Von Öffentlichkeitsarbeit kann auch kaum die Rede sein. Die Webseite, die als „lebendiges Medium“ für den Kiez dargestellt wird, ist selten aktualisiert. Dort werden höchstens vier Artikel im Monat veröffentlicht. Wenig im Vergleich zur Fördersumme von 59 000 Euro, welche das Projekt vom Juli 2008 bis Dezember 2009 erhalten hat. In

der QM-Zeitung «Promenadenpost» findet man schöne Portraits von lächelnden Menschen. Doch ist sie wegen fehlenden Inhalt oft schnell im Behälter für Werbemüll zu finden. Die Schließung des ehemaligen Flughafens Tempelhof und dessen Nachnutzung wurde dort zum Beispiel nie thematisiert. Dafür brachte im September die Zeitung des QMs Flughafenstrasse eine längere Titelgeschichte dazu, mit ausgewogener Darstellung der Senatssicht und der Initiativen, die eine sofortige Öffnung verlangen und gegen eine Bebauung des Geländes eintreten.

Die schizophrene Angst des QM-Büros vor der Öffentlichkeit

Eine Priorität des QMs liege in der Öffentlichkeitsarbeit, heißt es auch in dem Projekt «Task Force Okerstrasse». Amüsanterweise wurde dieses erst durch eine anonyme Quelle bekannt gemacht. Als es im August 2009 erste Proteste gab, hüllte sich das QM in Schweigen. Dafür wurde über zwei Wochen lang regelmäßig ein kritisches Flugblatt zur Task Force Okerstrasse von der außen angebrachten Infowand des Stadtteilladens „Lunte“ abgerissen. Dabei erwischt wurden Mitarbeiter des „Bequit“-Projektes (Sicherheit und Sauberkeit im Schillerkiez), deren Leiter erklärte, dies im Auftrag des QMs zu tun. Ein Protest beim QM-Büro wurde abgewimmelt und mit einem Achselzucken beantwortet.

Erst im November fühlte sich, wegen steigender Proteste das QM dazu verpflichtet, eine AnwohnerInnenversammlung zur Vorstellung des „Task Force“-Projektes zu organisieren. Diese wurde in der Genezarethkirche mit massiv Polizei in Uniform und in Zivil durchgeführt, vier weitere Mannschaftsfahrzeuge standen als Verstärkung in der Oderstrasse. Ein eindeutiges Zeichen, welche Vorstellung das QM von der AnwohnerInnenbeteiligung hat.

Anfang Dezember 2009 fragte eine Gruppe StudentInnen der „Fachhochschule für Sozialwesen“ wegen eines Interviews zum Thema Sozialraum im QM-Büro an. Dies wurde verweigert, nur schriftliche Fragen würden beantwortet werden. —



Wer Macht die Stadt?

Stadtentwicklung als Betätigungsfeld privater Beratungsfirmen



Die Quartiersmanagements in Neukölln werden von privaten Beratungsgesellschaften betrieben¹. Diese Unternehmen arbeiten, beraten und betreuen Projekte in den Bereichen Stadterneuerung und Sanierung und so stellt sich die Frage, wie ernst sind die Ansprüche der Quartiersmanager tatsächlich, die Lebensqualität für alle BewohnerInnen zu verbessern bzw. diese zu aktiven AkteurInnen der Quartiersentwicklung machen zu wollen. Aufwertungen sogenannter Problemgebiete durch Wohnumfeldverbesserungen und Sanierungsmaßnahmen bieten Möglichkeiten auf ein gutes Geschäft. Mit dem Betreiben von Quartiersmanagements ist es so möglich sich für weitere Aufträge in diesem Geschäft zu empfehlen bzw. sich einen Einblick in entsprechende Gebiete zu verschaffen.

Die Quartiersmanager arbeiten im Auftrag des Senats für Stadtentwicklung und der jeweiligen 8 Bezirksämter. Die unterschiedlichsten Träger können sich auf diese Stellen bewerben. Diese beschreiben ihre „Leitvorstellungen für diese Gebiete“ und liefern eine „erste Analyse der Stärken, der Schwächen, Chancen und Gefährdungen des Gebietes“, um so die „Problemlage“ zu definieren. Wer der Senatsverwaltung am meisten aus der Seele gesprochen hat, bekommt den Zuschlag.² Mutmaßte 1998 Ulrike Steglich im MieterEcho Nr.271 noch, dass „es sich lediglich um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Akademiker“³ handeln würde, so muss heute festgestellt werden, dass die Einrichtung von Quartiersmanagements auch Vorbereitungen für Sanierungsmaßnahmen und Gentrifizierungsprozesse sind. Dieser Aspekt wird beim Blick auf die Unternehmen deutlich, welche die Quartiersmanagements in Neukölln betreiben.

Die „ASUM GmbH“⁴ (Angewandte Sozialforschung und urbanes Management) tätig im QM Donaustraße seit 2009, QM Flughafenstraße seit 2008 und in der Mieterberatung Prenzlauer Berg⁵ (QM Ganghoferstraße seit 2009, QM Körnerpark seit 2005) bezeichnen sich selber als Fachunternehmen, um in den Sanierungsgebieten soziale Prozesse zu steuern bzw. die Interessen der BewohnerInnen zu erfassen. Soziale Steuerung meint in diesem Zusammen-

hang jedoch lediglich, dass durch „professionelle Moderation“ die betroffenen MieterInnen soweit wie möglich einbezogen werden sollen, damit die Sanierungsmaßnahmen reibungslos ablaufen können. Matthias Bernt beschreibt in seinem Buch „Rübergelappt Die behutsame Stadterneuerung in Berlin der 90er Jahre“, die ASUM als eine Sozialplanungsgesellschaft, die im Auftrag der Gemeinde Modernisierungsvereinbarungen zwischen Mietern und Vermietern aushandelt, Sozialpläne erstellt, MieterInnen umsetzt und an der Erteilung sanierungsrechtlicher Genehmigungen mitwirkt.⁶ Die so genannten Mieterberatungsgesellschaften arbeiten auf Honorarbasis, dessen Höhe sich an dem jeweiligen „Erfolg“ knüpft. Die Betreuungsfirmen agieren dabei in erster Linie im Interesse ihrer AuftraggeberInnen, die Interessen der MieterInnen spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Auf der Internetseite der Berliner „MieterGemeinschaft“ schreibt Peter Nowak, dass bei der Sanierungsberatung durch die Mieterberatung Prenzlauer Berg deutlich zu verstehen gegeben wurde, dass auch ohne die Einwilligung der MieterInnen dem/der EigentümerIn die Genehmigung zur Sanierung erteilt werden kann.⁷ Mit den Quartiersmanagementbüros haben diese Firmen einen Fuß in die potentiellen Sanierungsgebiete gesetzt, so liegt das von der ASUM betriebene Quartiersmanagement Donaustraße im Untersuchungsgebiet für Stadterneuerung Neukölln Maybachufer/Elbestraße. Es ist davon auszugehen, dass sie die Präsenz vor Ort nutzen werden, um sich als Steuerungsunternehmen im Zusammenhang mit Sanierungsmaßnahmen zu empfehlen.

Das Institut „Weeber + Partner“⁸ (QM High Deck Siedlung seit 1999) existiert seit 1969 und arbeitet für Bundes- und Landesministerien, Regionen, Kommunen, Verbände, Wohnungsunternehmen und soziale Organisationen. Aus der Auflistung der Veröffentlichungen lässt sich sofort erschließen, dass insbesondere die Beratung von Vermietern und Wohnungseigentümern ein Schwerpunkt der Arbeit dieses Instituts ist. Beispielsweise waren für die Erstellung des Forschungsberichts mit dem Titel „Die zweite Miete“ (erschienen 2009) die Gesprächspartner Wohnungsunternehmen, Verbände und Dienstleistungsunternehmen ...

für die Wohnungswirtschaft. In dem Text geht es um die Eindämmung der Betriebskosten, um so die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Denn aus günstigeren Betriebskosten können sich auch „Mieterhöhungspotentiale“ ergeben. In der Untersuchung „Weniger Beschädigung und Verschmutzung in Wohnanlagen: Was hilft“ (erschienen 2007) werden ebenfalls praktische Tipps an Wohnungseigentümer gegeben, mit welchen Methoden die MieterInnen effektiver kontrolliert werden können. In diesem Zusammenhang wird auch die quasi Verdrängung ärmerer MieterInnen vorgeschlagen, indem die Umwandlung von Miet- in selbstgenutzte Eigentumswohnungen bzw. die ergänzende Bebauung mit Wohneigentum als eine wirksame Strategie angesehen wird⁹. Die „High Deck Siedlung“ als eine Siedlung des „Sozialen Wohnungsbaus“ am südlichen Ende der Sonnenallee wird seit Sommer 2007 von dem neuen Eigentümer von rund 1.900 Wohnungen, der „Capricornus High-Deck Residential GmbH & Co. KG“ saniert. So stellt sich die Frage, ob nicht das Betreiben dieses Quartiersmanagements ein Türöffner für weitere Aufträge im Sanierungsgeschäft ist, zumal die Firma Weeber + Partner sich u.a. auf die Beratung von Wohnungsunternehmen spezialisiert hat. In diesem Zusammenhang wird sich die Capricornus High-Deck Residential GmbH & Co. KG freuen, dass sie mit dem Träger des örtlichen Quartiersmanagements einen echten Spezialisten vor Ort hat. Auf die Resultate dieses Sanierungsvorhabens kann mit Spannung gewartet werden. Ob die High Deck Siedlung dann noch aus Wohnungen aus dem Bereich des „Sozialen Wohnungsbaus“ oder vor allem aus sanierten Eigentumswohnungen besteht, wird die Zukunft zeigen.

Die „BSG“¹⁰ (Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH), tätig im QM Schillerpromenade seit 1999, QM Rollbergsiedlung seit 1999, QM Richardplatz Süd seit 2005 und QM Reuterplatz seit 2003, arbeitet als mittelständisches Unternehmen und berät private und öffentliche Auftraggeber in allen Fragen der Sanierung, des Städtebaus und der Stadtentwicklung. In diesem Unternehmen arbeiten ArchitektInnen, WirtschaftsingenieurInnen und StadtplanerInnen zusammen. Im „Sanierungsgebiet Wederstraße“ in Neukölln und am Kottbusser Damm Ost unterstützt die BSG das Land Berlin bei der Vorbereitung und Durchführung der Sanierungsmaßnahmen. Auf ihrer Internetseite rühmt sich diese Firma damit, dass sie mit den QMs in Neukölln das Ziel verfolgen würde, die Lebensqualität der BewohnerInnen zu verbessern und dass sie diese zu aktiven AkteurInnen der Quartiersentwicklung machen will. Nicht nur das Papier „Task Force Okerstraße“, welches von dem „QM Schillerpromenade“ verfasst worden ist, macht deutlich, dass bestimmte Teile der Bewohnerschaft nicht aktiviert, sondern vor allem mit Repressionen bedroht werden sollen. Auch das bisherige Resultat im „Sanierungsgebiet Kottbusser Damm Ost“ hat vor allem

die höchste Kaltmiete pro Quadratmeter in Nordneukölln (5,50 bis 5,75 €/m²)¹¹ zur Folge gehabt. Dass ein Teil der Bewohnerschaft in die südlichen Gegenden von Neukölln weggezogen ist¹², zeigt, dass die Verbesserung der Lebensqualität nicht allgemeines Ziel für alle ist, sondern es um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für zahlungskräftigeres Klientel in den Sanierungsgebieten geht. Auch bei den nun weiter südlich entstehenden „Sanierungs- und Untersuchungsgebieten“ ist die Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH stark vertreten. Am 17. September 2009 war in der Berliner Zeitung zu lesen, dass „die Karl-Marx-Straße und angrenzende Seitenstraßen auf einen knapp drei Kilometer langen Abschnitt zum Sanierungsgebiet“ erklärt worden sind. „15 Jahre lang, von 2010 bis 2024, sollen dann hundert Millionen Euro in den Umbau und die Sanierung des Viertels investiert werden.“¹³ „Die Gesamtsteuerung der vorbereitenden Untersuchungen hat die Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH übernommen.“¹⁴ Das von der BSG betriebene Quartiersmanagement am Reuterplatz liegt im Untersuchungsgebiet für Stadterneuerung Neukölln Maybachufer/Elbestraße. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, dass dieses Unternehmen auch im Zusammenhang mit diesem Sanierungsvorhaben noch viel Geld verdienen will.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass zunehmend marktwirtschaftliche Unternehmen mit quasi staatlichem Auftrag im Bereich der Stadterneuerung und Sanierung agieren. Diese sind lediglich gegenüber ihrem Auftraggeber verpflichtet und sind kaum einer öffentlichen Kontrolle unterworfen. Diese Firmen, die alle im Bereich der Stadterneuerung und Sanierung geschäftlich tätig sind verkaufen ihre Leistungen als warenförmige Dienstleistungen und stehen in Konkurrenz mit anderen AnbieterInnen. Um sich weiterhin Aufträge zu sichern, versuchen sie ständig neue „Problemlagen“ zu thematisieren, um so durch weitere Aufträge im Geschäft zu bleiben. Das Betreiben der Quartiersmanagements bietet so gute Möglichkeiten sich in den entsprechenden Gebieten schon einmal festzusetzen, um sich für weitere Aufgaben zu empfehlen. Die Gelder, die von dem Quartiersmanagement für Initiativen, Vereine etc. ausgegeben werden, um beispielsweise ein Stadtteilstfest zu organisieren sind somit eher als Schmiergeld zu verstehen, um von den wirklichen Interessen dieser Firmen, nach weiteren Aufträgen im Sanierungsgeschäft, abzulenken. ■

.....

Nachzulesen:

1. Zu den Trägerfirmen Vgl. www.quartiersmanagement-berlin.de/Traegerliste.3219.0.html#c4998 (Stand: 16.01.2010)

2. Vgl. Ulrike Steglich, Der Senator, die Schlaghosen und der Milieuschutz (In: MieterEcho Zeitung der Berliner Mietergemeinschaft Nr. 271 November Dezember 1998)
 3. Ebenda
 4. www.asum-berlin.de/
 5. www.mieterberatungpb.de/
 6. Vgl. Matthias Bernt, Rübergeklappt. Die „Behutsame Stadterneuerung“ in Berlin der 90er Jahre, Schelzky & Jeep, Berlin 2003, S. 240
 7. Vgl. Peter Nowak, Monopoly im Prenzlauer Berg (MieterEcho, Zeitung der Berliner Mietergemeinschaft Nr. 290 Mai 2002)
 8. www.weeberpartner.de/
 9. Vgl. Weeber + Partner, Weniger Beschädigung und Verschmutzung in Wohnanlagen: Was hilft Kurzfassung, 2007, S. 4
 10. www.quartiersmanagement.de/
 11. Vgl. IBB Wohnungsmarktbericht 2008, S. 69
 12. Ebenda, S. 72
 13. Vgl. Stefan Strauss, Weg von der Ramsch-Meile (Berliner Zeitung, 17.09.2009)
 14. Untersuchungsgebiet Karl Marx Straße www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/stadterneuerung/de/karl_marx_str/index.shtml/ (Stand 16.01.2010)
-



Sanierungsmaßnahmen und Gentrifizierung

Durch Sanierungsmaßnahmen sollen „Bodenwertsteigerungen“ erzielt werden. Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen können durch die Städtebauförderung unterstützt werden. Das Verfahren ist zumeist Aufgabe der Gemeinde, die sich in diesem Zusammenhang oft privater Sanierungsträger bedient. Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass die gegebenen Versprechen aus den Leitsätzen zur Stadterneuerung für die Sanierungsgebiete in Berlin wie „Orientierung an den Belangen und Interessen der Betroffenen“ oder „Vermeidung von Verdrängung“ sich kaum einlösen lassen. Sanierungsmaßnahmen ermöglichen VermieterInnen die Miete jährlich, um bis zu 11 Prozent zu erhöhen. Matthias Bernt stellt in seinem Buch „Rübergeklappt“ fest, dass die „Erneuerung zu einer hohen Fluktuation geführt [hat] – in mit privaten Mitteln sanierten Häusern zieht im Verlauf der Sanierung rund die Hälfte der Bewohner weg.“ Die Veränderung der Bewohnerstruktur hin zu „Singles“ bzw. jüngeren Familien mit höheren Bildungsabschlüssen und Einkommen wird als Gentrifizierung bezeichnet. Unter Bedingungen eines warenförmig organisierten Wohnungsmarktes bieten Sanierungsmaßnahmen vor allem Immobiliengesellschaften, EigentümerInnen, Beratungs- und Bauunternehmen Aussicht auf ein gutes Geschäft. Die baulichen Verbesserungen der Wohnungen und des Wohnumfeldes haben unter kapitalistischen Bedingungen dagegen für „einkommensschwache Personengruppen“ in der Regel Verdrängungseffekte zur Folge, bzw. werden auch bewusst angestrebt. In den entsprechenden Papieren wird in der Regel von „problematische Mietern“ und „sozialen Problemen“ gesprochen. So ist zum Beispiel im Wohnungsmarktbericht 2008, herausgegeben von der „IBB“ (Investitionsbank Berlin) zu lesen: „Als besondere Probleme für den Mietwohnungsmarkt werden in Neukölln neben den geringen Einkommen überdurchschnittlich häufig auch soziale Probleme durch Entmischung und die Zunahme ‚schwieriger Mieter‘ genannt.“ In diesem Zusammenhang wird jedoch nicht die Veränderung der Verhältnisse angestrebt, um „soziale Probleme“ zu lösen, sondern lediglich eine Veränderung der Bewohnerstruktur. In dem Bericht zur vorbereitenden Untersuchung „Neukölln – Karl Marx Straße“ wird betont, dass der „Stabilisierung und Aufwertung der Mieterstruktur (...) großer Wert beigegeben“ und angeregt wird u.a. „Künstler, Studenten als Mieter zu gewinnen, um die Mieterstruktur aufzuwerten.“ In den Leitsätzen zur Stadterneuerung für die Sanierungsgebiete in Berlin wird in Punkt 3 auf den „Zuzug stabilisierend wirkender Bevölkerungsgruppen (insbesondere junge Familien)“ orientiert.

Nachzulesen auf: www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/stadterneuerung/de/leitsaetze/index.shtml (Stand: 17.01.2010)

So ist es nicht verwunderlich, dass in den neu ausgerufenen Sanierungs- und Untersuchungsgebieten für Stadterneuerung Angst vor Verdrängung herrscht. Neuköllns Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) wollte laut „Berliner Zeitung“ vom 10. Dezember 2009 einen solchen Effekt für das neue Untersuchungsgebiet Maybachufer/Elbestraße nicht ausschließen. ■

Die Aufteilung der Gesellschaft

Das „Monitoring Soziale Stadt“ erstellt eine Landkarte der „Problemgruppen“.

Die Steuerung des Programms Soziale Stadt beruht auf einem Bericht, der jährlich veröffentlicht wird und dessen neue Daten im Januar herauskamen. Im „Monitoring Soziale Stadt“ wird Berlin nicht etwa in Bezirke aufgeteilt, sondern in nicht weniger als 447 so genannte „Planungsräume“. Diese Zellen von durchschnittlich 7 500 Einwohnern werden von 12 Indikatoren bestimmt.

Eine erste Reihe wird die soziale Lage beschreiben. Dabei wird die Arbeitslosigkeit in all ihrer Länge und Breite hervorgehoben, dazu der Anteil von erwerbstätigen Beziehern von Sozialleistungen sowie der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Somit wird betont, was als abweichend von einer „normalen“ sozialen Lage angesehen wird.

Eine zweite Reihe von Indikatoren charakterisiert Veränderungen. Etwa wie viele Menschen ein- und ausgezogen sind und wie sich die Zahl von Hartz-IV-BezieherInnen im letzten Jahr entwickelt hat. Hier wird zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden. Aus den 12 Indikatoren werden so genannte „Entwicklungsindizes“ mit einem Wert von 1 bis 4 gebastelt. Dabei steht die 3 für „niedrige Entwicklung“ und die 4 für „sehr niedrige Entwicklung“. In solchen Gebieten gilt es, wie in Entwicklungsländern, Sondermaßnahmen durchzuführen. Das nämlich, ist die eigentliche Rolle der Quartiersmanagements.

Mit diesen komplexen Statistiken meint der Senat die soziokulturellen Änderungen räumlich besser verfolgen zu können, um Interventionen dementsprechend zu lenken. Im „Monitoring“ (von 2009) werden zwei Schlussfolgerungen gezogen:

- Die Kluft zwischen ärmeren und reicheren Stadtteilen vergrößert sich
- Stadtteile mit einer hohen „Problemdichte“ konzentrieren sich in fünf Bezirken, und zwar in Neukölln, Wedding, Kreuzberg, Marzahn und Spandau.

Unerwartet sind diese Ergebnisse nicht. Sie sind Konsequenzen der Berliner Stadtpolitik. Jeder, der die Entwicklungen mitbekommen hat, könnte selber zu diesen Ergebnissen kommen.

Erstaunlicher sind vielmehr die baulichen Maßnahmen, die in diesen sozialschwachen Gebieten durchgeführt werden sollen. Ein Beispiel ist die Umgestaltung der Karl-Marx-Straße in Neukölln. Was sollen diese Maßnahmen an der Armut ändern? Nichts! Es geht darum, sie unsichtbar zu machen und räumlich zu verschieben.

Denn wird der Entwicklungsindex eines Gebietes besser, dann liegt es nicht etwa daran, dass die dort lebende Bevölkerung aus der Arbeitslosigkeit raus ist. Wo sollten sie denn einen Job finden? Nein, verbessert sich der Entwicklungsindex, dann heißt es meistens, dass Menschen mit höherem Einkommen dort eingezogen und Ärmere weggezogen sind. Darüber freuen sich gerade die Verfasser des Monitoring 2009, was zum Beispiel die Entwicklung des Wrangelkieses in Kreuzberg angeht. Hier wurde die gewünschte „soziale Durchmischung“ hergestellt.

Das Monitoring dient nicht nur zur Stadterneuerung. Es stellt ein Instrument der räumlichen Kontrolle der „gefährlichen Klassen“ dar, namentlich die der Ausländer und der Erwerbslosen. ■

„Stadterneuerung“ in Neukölln

Neben der Umgestaltung des Tempelhofer Feldes hat der Senat schon einiges an Stadterneuerungsplänen in Neukölln öffentlich gemacht. Eine kurze Zusammenfassung.

Umgestaltung der Karl-Marx-Straße

„Jung, bunt, erfolgreich“: so lautet das Motto unter dem die Karl-Marx-Strasse vom Hermannplatz bis zum Karl-Marx-Platz saniert werden soll. In den nächsten 15 Jahren wollen Senat und Bezirk über 100 Millionen Euro investieren, um daraus eine schicke Einkaufsstraße zu machen. Vorbild hierfür ist der „KuDamm“. Die Investitionen sollen dabei in die selben Geschäfte fließen, die es ohnehin schon überall gibt. Das schon umstrukturierte ehemalige Hertie-Gebäude zeigt die Richtung, in die es gehen soll. In diesem Zusammenhang wird auch der Verkehr im ganzen Gebiet neugedacht. Am Hermannplatz z.B. sollen nur noch zwei Spuren bleiben, um im Schatten von „Karstadt“, Raum für Cafés zu schaffen. Der Umbau der Verkehrswege wird den Zusammenhalt unter den umliegenden Kiezen stark beeinflussen. Dieser Aspekt bleibt aber für die Stadtplaner zweitrangig. Zuständig für die ganzen Umgestaltungspläne ist die „BSG“ (Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH).

Weitere Informationen unter:

tfa.blogspot.de/materialien/umgestaltung-karl-marx-strasse/

Untersuchungsgebiet Maybachufer/Elbeufer

Im März vergangenen Jahres hat der Berliner Senat 13 Gebiete festgelegt, in denen „Vorbereitende Untersuchungen“, die im Baugesetzbuch verankert sind (§141 BauGB), durchgeführt werden sollen. Dies ist die Voraussetzung, um ein Gebiet zum Sanierungsgebiet erklären zu können. 6 Gebiete waren 2009 an der Reihe und die restlichen 7 sollen in diesem Jahr untersucht werden. Ziel ist, mit Hilfe von Privatinvestitionen, eine „Aufwertung und Verbesserung der Gebiete“ voran zu treiben. Im Jahre 2009 unterzog sich das dicht besiedelte Gebiet, zwischen Sonnenallee und Landwehrkanal, einer solchen Untersuchung. Ergebnis ist, dass 107 Millionen Euro, die zur Hälfte aus privaten Mitteln bestehen, in dieses Gebiet gesteckt werden sollen. Damit sollen Kitas und Schulen renoviert werden, Senioren- sowie Jugendeinrichtungen entwickelt werden, Grünflächen nah am Kanal gebaut und Häuser saniert werden. Das Gebiet ist schon im Programm „Soziale Stadt“, unter dem die beiden Quartiersmanagements (Reuterplatz + das

2009 eröffnete QM Donaust.-Nord) die Sanierungspläne begleiten sollen.

Zu der Bemerkung einer Anwohnerin bei einer öffentlichen Versammlung, dass es eigentlich kein Sanierungsgebiet für die Renovierung von Schulen und Kitas bedarf, fand der Baurat nichts zu antworten. Dafür bestätigte er, dass es unvermeidbar eine Steigerung der Mieten mit sich ziehen würde. Im Gebiet zwischen Kottbusser Damm und Reuterstraße sei kein Sanierungsgebiet nötig, da der „Aufwertungsprozess von allein laufen würde und das Quartiermanagement Reuterplatz dafür reiche“.

Eine umfassende Darstellung unter dem Titel „Berlin: Senat plant „erhebliche Aufwertungen“ in Neukölln“ auf dem Gentrification Blog:

gentrificationblog.wordpress.com/2009/12/11/berlin-senat-plant-erhebliche-aufwertungen-in-neukolln/

Stadtquartier Neukölln

Im Rahmen der Bebauungspläne für das Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof soll auch entlang der Oderstraße ein neues Stadtviertel unter dem Namen „Stadtquartier Neukölln – Adresse für städtisches Wohnen am Park“ entstehen. Geplant sind 1.200 Wohnungen, die für die jetzt hier lebenden Menschen unbezahlbar sein werden. Dort sollen die Besserverdiener hinziehen und den schönen Blick auf den zukünftigen Tempelhofer Landschaftspark genießen. **Noch** sind es nur Planungen, die erst in 5-10 Jahren realisiert werden sollen.

Geplantes Sanierungsgebiet Schillerpromenade

Das Gebiet um die Schillerpromenade ist laut Senatsbeschluss vom vergangenen März (siehe Artikel: Seite 11, „Die Aufteilung der Gesellschaft“) in diesem Jahr Ziel „Vorbereitender Untersuchungen“ (§141 BauGB). Bisher gibt es allerdings noch keine offiziellen Informationen darüber. Parallel dazu wird geprüft, ob die Schillerpromenade im Denkmalschutzprogramm aufgenommen werden kann. ...

Denkmalschutz für Schillerpromenade

Eines der Programme zur Stadterneuerung heißt „Städtebaulicher Denkmalschutz West“. Bisher ist die Schillerpromenade seit 1996 städtebauliches Erhaltungsgebiet. Der Senat erwartet, dass sich in Zusammenhang mit der Entwicklung des Tempelhofer Feldes neuer Handlungsbedarf ergibt. Daher prüft er eine Programmaufnahme für das Jahr 2011. —

Bürgerversammlung im Richardkiez

Etwa 20 Interessierte folgten am 11. Februar der Einladung der „Initiative für ein Bürgerforum Rixdorf“ zu einer Bürgerversammlung im Jugend- und Gemeinschaftshaus „Scheune“. Im Kern ging es dieses Mal vor allem um die städtebaulichen Veränderungen im Kiez. Bis zu 100 Millionen Euro sollen in den Umbau der Karl-Marx-Straße fließen. Auch das Umfeld, wie die Richardstraße und Hertzbergstraße, ist davon betroffen. Die geplanten Veränderungen und Kosten wurden angeregt diskutiert. Dabei traten die Interessensgegensätze von Anwohnern und Gewebetreibenden zutage. Die geplante Verkehrsberuhigung traf auf die Kritik einiger Gewebetreibender. Um einzelne Themen genauer zu besprechen, und vielleicht Lösungsansätze zu finden, wurden zwei Arbeitsgemeinschaften (Verkehr, Gentrifizierung) gegründet. Aus praktischen Überlegungen wurde beschlossen, sich als Bürgerforum nicht nur auf das Gebiet des Quartiermanagements Richardplatz Süd zu beschränken. Als gedachtes Einzugsgebiet wurde das Gebiet rund um den Richardplatz definiert, zwischen Saalestraße, Karl-Marx-Straße, Sonnenallee und Anzengruberstraße. Für das Frühjahr wurden eine weitere Bürgerversammlung (Schwerpunkt: „Wandel des Kiezes“) und Straßenveranstaltungen angeregt, um noch mehr Bürger zu erreichen.

Der Text stammt aus: „Richard“ Nr. 42, März 2010, S.2, die Zeitung des QM Richardplatz

Integration, wozu?

Auch die Quartiermanagements spielen im Chor des Integrationsdiskurses mit. „Integration, aber wozu denn?“ wollen wir fragen.

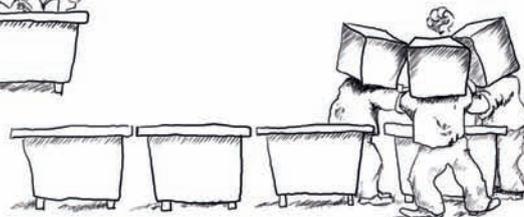
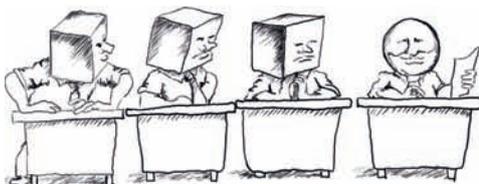
Morgens im Radio, im Fernsehen bei der „Abendschau“, in den Zeitungen, überall, die ganze Zeit, ist von der Integration von MigrantInnen die Rede. Zu dieser Propaganda tragen die Quartiermanagements vieles bei, indem sie das Thema Integration zu deren Haupthandlungsfeldern erklären.

Nach und nach sind alle Aspekte des Lebens individualisiert worden. Selbst an der eigenen Arbeitslosigkeit sollte Mensch sich Schuld fühlen. Die Politik, die hierzulande sowie in allen europäischen Ländern geführt wird, hat über die Zeit nichts anderes als eine Desintegration der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Folge gehabt. Dafür heißt es, man müsse sich integrieren! Genauso wie man ein „freundliches und nachbarschaftliches Miteinander“ – so die QMs – pflegen müsse!

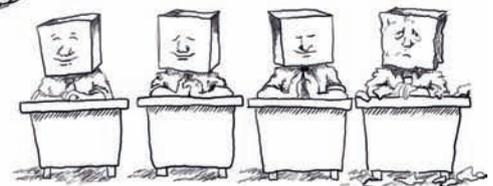
Wenn der Integrationsdiskurs auf MigrantInnen abzielt, die für viele seit langem keine MigrantInnen mehr sind, dann muss festgestellt werden, dass er in allen Ohren und Köpfen wirken muss. Integration heißt letzten Endes nichts anderes als die Aufforderung zur Anpassung an die herrschenden Verhältnisse: Also immer schlechter bezahlte Jobs annehmen zu müssen wie die doofen Ein-Euro-Jobs als Kiezläufer oder auch sonst etwas...

Hauptsache, man hält die Klappe schön zu, hält sich hinter den weißen Wänden der frisch renovierten Häusern versteckt und macht mit!

Widerlich ist aber vor allem, dass MigrantInnen zum Zweck dieser Propaganda werden, welche praktisch durch Abgrenzung und Abschiebung umgesetzt wird. —



Stichwort: Anpassung!



Task Force Okerstraße – Eine Kriegserklärung

Die Task Force Okerstraße (TFO) hat es sich zum Ziel gesetzt im Schillerkiez „aufzuräumen“ und „störende Objekte“ zu beseitigen. Für wen wird es nach dem Frühjahrsputz der TFO noch Platz im Schillerkiez geben?

Die AG „Task Force Okerstraße“ wurde 2008 im Schillerkiez von dem dort ansässigen Quartiersmanagement (QM) ins Leben gerufen. Sie ist, laut dem QM, eine Reaktion auf die gravierenden Probleme in unserem Kiez. Genauer gesagt, soll es die Antwort auf die „Problemhäuser“, die „Problemfamilien“ und die „Trinkerproblematik“ im Kiez sein (alle drei Begriffe tauchen so im Strategiekonzept des QM auf). Was vom QM als gutgemeintes, soziales Projekt vermarktet wird, entpuppt sich jedoch bei genauerem Hinsehen als ein stigmatisierendes und diskriminierendes Vorgehen, das konsequenterweise zur Aufwertung des Kiezes und dem Austausch der MieterInnenstruktur führen soll. Dabei sollen unterschiedliche Akteure, u.a. die Polizei, das Jugendamt, die Schulen, das QM selbst und, wie es im Strategiekonzept zur Task Force Okerstraße heißt, die engagierten, „ganz normalen und angepasst lebenden Anwohnern“, gemeinsam ein soziales Bspitzelungsnetz um die als Problem empfundenen Menschen spannen. Durch die Formulierung dieser Idee allein bereits schon ausgegrenzt, sind die von der AG Task Force problematisierten Menschengruppen durch die Umsetzung des Strategiekonzepts zur Task Force Okerstraße auch konkret von Vertreibung aus dem Kiez gefährdet.

Die „Problemhäuser“

Als „Problemhäuser“ werden vom QM hauptsächlich drei Häuser in der Okerstraße gesehen, weil diese einerseits mittlerweile baufällig geworden und, laut QM, überbelegt sind. Die Lösungsvorschläge des QM hierfür sind Kontrollen sowohl des baulichen Zustandes der Häuser als auch die Kontrolle der in diesen Häusern lebenden Menschen. So soll es häufiger stattfindende Wohnungskontrollen durch Polizei und Ordnungsamt in den sogenannten „Problemhäusern“ geben. Dies zusammen mit Sanktionsmaßnahmen, wie z.B. die Kündigung der Wohnung, sollen dazu beitragen, dass „eine Zweiraumwohnung nicht mehr von 11 Menschen bewohnt wird“. Den Kopf voll von Sanktionsphantasien scheinen die verantwortlichen Personen

des QM nicht einen Moment darüber nachzudenken, warum Menschen auf diese Weise zusammenleben. Obwohl in dem Strategiepapier selbst darauf aufmerksam gemacht wird, dass die meisten Menschen in diesen Wohnungen unter dem Existenzminimum leben, werden dennoch sie selbst und nicht ihre finanzielle Situation verantwortlich gemacht. Im Zusammenhang mit den „Problemhäusern“ wird auch immer wieder von „rumänischen Gastarbeitern, die Probleme verursachen“, und dem „Problem der EU-Osterweiterung“ gesprochen und es klingt wie eine Forderung des QM, die Grenzen sofort wieder zu schließen. Das Problem ist jedoch nicht die EU-Osterweiterung, sondern die Arbeitsverhältnisse dieser ArbeiterInnen und die Ausbeutungsmechanismen, denen sie ausgesetzt sind.

Die „Problemfamilien“

Auf rassistische Art und Weise wendet das QM den Begriff „Problemfamilien“ in seinem Strategiepapier explizit auf Sinti und Roma Familien im Kiez an und ethnisiert somit bestimmte, als negativ, beschriebene Zustände. Zudem wird von diesen Familien auch immer im Gegensatz zu den „ganz normalen und angepasst lebenden Anwohnern“ gesprochen. Für diese „Problemfamilien“ und deren Kinder, die sich laut QM oft benachteiligt fühlen, sollen im Rahmen der Task Force Okerstraße Betreuungsangebote eingerichtet werden. Weiterhin soll eine intensivere Kommunikation zwischen Schule, Jugendamt, Polizei und den SozialarbeiterInnen vor Ort initiiert werden, um beispielsweise gegen Schulversäumnisse vorzugehen. Gegen die angedachten kostenlosen Sportkurse und Beratungsangebote ist nichts einzuwenden, jedoch gegen die Stigmatisierung von Sinti und Roma Familien und das Netz von SozialarbeiterInnen, Jugendamt, Schule und AnwohnerInnen das gesponnen werden soll, um soziale Kontrolle und eine eigentlich illegitime Informationsweitergabe zu erreichen. Zudem, konfrontiert mit Vorurteilen sowie westlichen Lebensentwürfen und gezwungen, notfalls durch das Jugendamt und der Zahlung von Strafgeldern, sich dem deutschen ...

Schulsystem auszusetzen, welches Menschen die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen ohnehin benachteiligt, werden diese Kinder diskriminiert, sie fühlen sich nicht nur so. Vor dem Hintergrund, dass bestimmte Formen von Diskriminierung fest in den starren Strukturen von Schule und Gesellschaft verankert sind, sollte nicht nur über Sportangebote gesprochen, sondern eine generelle Kritik, beispielsweise am Bildungssystem, geübt werden. Das QM problematisiert allerdings lediglich Menschen, nicht die Strukturen, in denen sie leben. An diesen wird sich allerdings auch durch Sportkurse nichts ändern.

Die „Trinkerproblematik“

Eine weitere vom QM als problematisch empfundene Gruppe: die „Trinker“. Oder besser gesagt, hier eine kleine Korrektur, natürlich **nur** „die Trinker auf der Schillerpromenade“. All diejenigen, die sich gern in „netten“ Kneipen oder Cocktailbars volllaufen lassen und sich das vor allen dingen auch leisten können, sind hier natürlich nicht gemeint. Es würde kein Mensch auf die Idee kommen, abgedunkelte Scheiben für Kneipen zu fordern, damit die Trinker, die dahinter sitzen, nicht mehr von außen sichtbar sind. Es geht also anscheinend nicht um den Alkoholkonsum an sich. Sondern darum, dass dieser Konsum sichtbar ist. All das Gerede vom Prinzip und den Kindern, die früh zur Schule gehen, und auf der Schillerpromenade an trinkenden Menschen vorbei laufen, hören sich wie schlechte Ausreden an. Es scheint bei der ganzen Sache doch viel mehr um die Eltern zu gehen, die damit konfrontiert sind ihren Kindern erklären zu müssen, weswegen es trinkende Menschen auf der Schillerpromenade gibt. Denn bei diesen Erklärungsversuchen könnte bei den Kleinen schließlich der Verdacht aufkommen, dass nicht alles für alle super läuft, dass es unterschiedliche Lebensweisen, Benachteiligung, Armut und andere Nöte gibt. Die Bänke auf der Schillerpromenade abzuschrauben, wie bereits geschehen, und die trinkenden Menschen von diesen Bänken zu vertreiben, ändert an diesen Tatsachen nichts. Es lässt sie nur aus dem Blickfeld verschwinden. Und genau das scheint hier das einzige Anliegen zu sein.

Dem, so das Strategiekonzept des QM zur Task Force Okerstraße, „ausgewiesenen Problembereich“ Nordneukölln soll die Task Force Okerstraße zu einem „sauberen und sicheren Wohnumfeld“ verhelfen.

Da fragt sich nur: sauber und sicher für **wen?! –**



Oben: Demonstration vor dem QM-Büro am 03. Nov. 2009.

Mitte: Ohnr Worte!

Unten: Klare Statements an den „heiligen Toren“.

Dieser Spruch war lang an der Genezareth-Kirche zu lesen.

Ein Stadtteil regt sich!

**Proteste gegen die Entwicklung im Schillerkiez.
Task Force und QM im Fokus der Stadtteilversammlung und
einiger Überflüssiger.**

Das Phänomen der Stadtumstrukturierung, auch Gentrifizierung genannt, hat es mittlerweile aus der politischen Nische in die mediale Öffentlichkeit geschafft. In Berlin vergeht kaum eine Woche, in der in den Hauptstadtblättern nicht wenigstens ein Artikel über die Umstrukturierung der Stadt und den Widerstand dagegen zu finden wäre. Auch der Schillerkiez ist von diesen Tendenzen nicht ausgenommen. Gerade durch die Schließung des ehemaligen Flughafens Tempelhof hat der Kiez in dem wir leben, für InvestorInnen und zahlungskräftige MieterInnen an Attraktivität gewonnen. Dementsprechend fanden die ersten großen Protestveranstaltungen auch im Kontext der Zukunft des Ex-Flughafens statt, die mit der versuchten Besetzung des Geländes im Juni vergangenen Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten.

Doch die Entwicklung des früheren Flughafengeländes ist nicht die einzige Sorge der AnwohnerInnen im Schillerkiez. Auch gegen die Politik des Quartiersmanagements (QM) regt sich Widerstand. Vor allem als die Pläne des Projekts „Task Force Okerstraße“ bekannt wurden (siehe Artikel: Seite 5, „Quartiersmanagement – Was steckt dahinter?“), begannen einige empörte AnwohnerInnen sich zusammen zu schließen um Widerstand gegen diese Politik zu organisieren. Dabei ging die Kritik deutlich über die Aufwertungspolitik des QM hinaus, wobei vor allem die rassistischen und diskriminierenden Vorstellungen des Task Force Projekts öffentlich gemacht wurden. Schnell entstand die Idee, unabhängige Stadtteilversammlungen zu organisieren um die unterschiedlichen Menschen im Kiez zusammen zu bringen und ein Forum zu schaffen, auf denen ein Austausch stattfinden kann. Zu den Stadtteilversammlungen, die seit dem letzten Oktober regelmäßig stattfinden, kamen bis zu 70 Menschen. Es wurden viele, auch alltägliche Probleme thematisiert, mit denen sich die NeuköllnerInnen konfrontiert sahen. Im Vordergrund stand aber meist die drohende Verdrängung sowie die zunehmende Repression. Mittlerweile gab es vier Veranstaltungen, die letzte fand mitte Februar mit dem Themenschwerpunkt Mietenentwicklung in Nord-Neukölln statt.

Bereits einige Zeit vor den Versammlungen organisierten ein paar Menschen vor dem QM-Büro in der Schillerpromenade sogenannte „Drink-Ins“, also öffentliche Ver-

sammlungen, zwecks gemeinsamen Alkoholkonsums. Ziel war es, sich mit den betroffenen Menschen (siehe Artikel: Seite 15, „Task Force Okerstraße – Eine Kriegserklärung“) zu solidarisieren und zu zeigen, dass eine Aufhübschung des Kiezes, mit dem Ziel zahlungskräftigere MieterInnen anzuziehen, nicht ohne Widerstand aus der Bevölkerung durchsetzbar ist.

Zu einer Zuspitzung des Konflikts zwischen AnwohnerInnen und dem QM kam es schließlich im November vergangenen Jahres auf einer Informationsveranstaltung in der Genezarethkirche (*Ein zusammenfassendes Video der Veranstaltung kann bei www.KanalB.org angeschaut werden*). Kerstin Schmiedeknecht, die Leiterin des QM versuchte gemeinsam mit Arnold Mengelkoch, dem Migrationsbeauftragten des Bezirksamtes Neukölln und offiziellem Sprecher der AG Task Force, der Kritik der QM-GegnerInnen im Laufe einer hitzigen Diskussion den Wind aus den Segeln zu nehmen. Allerdings war ein großer Teil der über 100 Interessierten nicht mit den Plänen um die AG Task Force einverstanden, was während der Veranstaltung auch vielfältig zum Ausdruck gebracht wurde. Bereits nach einer Stunde wurde die Versammlung von den Verantwortlichen mit dem Hinweis beendet, **„man könne sich ja im nächsten Jahr wieder treffen, um zu sehen ob die KritikerInnen recht behalten hätten“**. Dieser Kommentar sagt einiges über das Demokratieverständnis der Task Force – Verantwortlichen, allen voran das Bezirksamt Neukölln und das Quartiersmanagement Schillerkiez. Ob die kritischen AnwohnerInnen solange abwarten und Däumchen drehen, darf bezweifelt werden,

„Auch in den nächsten Monaten wird es regelmäßige Stadtteilversammlungen geben“ versprechen die InitiatorInnen. Auch andere politische Gruppierungen sehen mittlerweile den Handlungsbedarf im Schillerkiez. Anfang Februar besuchten einige AktivistInnen der „Überflüssigen“ das QM in der Schillerpromenade. Sie hinterließen einige Flugblätter und Plakate, die das rassistische Task Force Projekt und die drohende Vertreibung von AnwohnerInnen kritisierten. Wenn etwas im Kiez überflüssig ist, dann ist es das QM und die dazugehörige „Task Force Okerstraße“. Das ist der gemeinsame Nenner der unterschiedlichen Proteste. ■

Jeden Mittwoch 12 - 16 Uhr
Erwerbslosentreff im Stadteilladen Lunte,
 Weisestr.53 (U-Bhf. Boddinstr.) Tel: 622 32 34

ERWERBSLOSEN T R E F F

Wir, Erwerbslose in Neukölln, treffen uns jeden Mittwoch zum gemeinsamen Kaffee und Essen und tauschen Erfahrungen und Infos aus.

Wir erteilen Auskünfte, wo Beratungsstellen in Berlin zu finden sind, und können über politische Aktivitäten zu den Themen Hartz IV informieren.

Infos zu rechtlichen Problemen:
www.hartzkampagne.de
www.tacheles-sozialhilfe.de

**NEHMEN
WIR UNS
DIE STADT
ZURÜCK**

RECLAIM
TEMPELHOF

BERLIN
8. MAI 10
AKTIONSTAG

TEMPELHOF.BLOGSPORT.DE

Informationen zur weiteren Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof auf der Website der Initiative „Tempelhof für Alle“: tfa.blogspot.de/

**DER LANGE TAG
GEGEN NAZIS**
20.3.2010

neukoelln-gegen-nazis.de

KEIN
ORT FÜR
NAZIS

Die Kampagne »Kein Ort für Nazis« ist eine von verschiedensten Neuköllner Gruppen, Kollektiven oder Vereinen getragene Kampagne, um ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und (Neo-) Nazis zu setzen. Dabei liegt es bei jedem selbst sich zu beteiligen, und Rassist_Innen die Stirn zu bieten. Es wird eine Fahne geben, die sich jede_r ins Fenster, ins Geschäft oder sonst wohin hängen kann. Diese Fahne soll das Neuköllner Stadtbild prägen und zeigen, dass es sich hier um einen antifaschistischen offenen Kiez handelt, wo Geschichtsrevisionismus und Xenophobie kein Platz hat.

Die Wimpel, sowie weiteres (Info-) Material werdet ihr bei einigen der Locations finden können, bei dem auch der »Lange Tag gegen Nazis« begangen wird.

Zeigt Nazis, Rassist_innen und Antisemit_innen, wo sie hingehören — nirgends !!!



Krieg ist

Frieden

Vertreibung

heißt Verbesserung

Wie die kritische Arbeit im Kiez verunglimpft und die Welt dabei auf dem Kopf gestellt wird.

Begriffe werden von den Herrschenden bestimmt. Das ist nichts Neues. Und dass die bürgerlichen Medien zu deren Verbreitung dienen, auch nicht. Wie sich das allerdings im Einzelnen äußert, kann dann doch immer wieder erstaunlich sein.

Die mediale Hetze gegen die Menschen, die sich im Schillerkiez gegen Umstrukturierung und Vertreibungspolitik wehren, zeigt besonders eines ganz deutlich: Die Herrschenden sind vor allem an einer Befriedung der Kieze und der Ausweitung von Kontrolle interessiert, und nicht daran, die Situation der von Armut betroffenen Menschen zu ändern. Fritz Felgentreu (Kreisvorsitzender der SPD Neukölln, Mitglied im Bundeswehrverband, im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung und im Ausschuss für Verfassungsschutz) und sein offener Weihnachtsbrief mit dem Titel „...und Frieden auf Erden“, der als Unterstützung des QMs geplant war, und als „Kriegserklärung“ an die kritischen widerständischen Menschen im Schillerkiez verstanden werden muss, steht beispielhaft für die derzeit stattfindende reaktionäre Kampagne. Er schreibt, bei den aktiven KiezbewohnerInnen bestehe „zumindest eine geistige Nähe zu denjenigen, die seit Monaten in Berlin Brandanschläge auf Autos verüben.“ Dabei hätten „Diskussionsveranstaltungen zur Gentrifizierung und [der] Umgang mit sozialen Problemen in der Okerstraße [...] bisher keine nachhaltig befriedende Wirkung“ gehabt. Dieses Zitat bringt zwei wichtige Dinge zum Ausdruck. Zum Einen wird eine Beziehung zwischen den Menschen im Schillerkiez und den anonymen AutobrandstifterInnen **erfunden** mit dem klaren Ziel, den Widerstand zu verteufeln. Ohne zu erklären, worin die „geistige Nähe“ besteht, wird eine Stimmung erzeugt und der Phantasie dabei Tür und Tor geöffnet. Der zweite interessante Punkt ist die Funktion,

die Felgentreu in der Veranstaltung in der Genezarethkirche sieht. Ihn interessiert lediglich, ob eine „befriedende Wirkung“ erzielt wurde, oder anders ausgedrückt, ob die Leute endlich ihre Schnauze halten. Es gibt eine ganze Reihe ähnlich abwegiger Aussagen von PolitikerInnen und JournalistInnen, denen ein Unterton gemeinsam ist: Linksradikale oder Autonome, die vor allem von „außerhalb“ kommen, wollen Verbesserungen im Kiez verhindern. Sie beeinflussen dafür die AnwohnerInnen, denen im Gegenzug abgesprochen wird, selbständig denken und entscheiden zu können.

„Linksautonome wollen Verbesserungen im Schillerkiez verhindern“ heißt es da in der Neuköllner Ausgabe vom „Berliner Abendblatt“ vom 20. 2. 2010. Die „Verbesserungen“, welche Staat, Stadt, Bezirk und auch das QM durchsetzen wollen, sind einfach nur „Veränderungen“. Es geht nicht darum, die Situation der von Armut betroffenen Menschen zu verbessern, sondern lediglich um die Statistik. Wenn beispielsweise als Ziel vorgegeben wird, dass im Schillerkiez in Zukunft weniger erwerbslose Menschen wohnen sollen, dann bedeutet das nicht, dass denjenigen, die gerne einer Erwerbsarbeit nachgehen würden zu anständig bezahlten Jobs verholfen wird. Es geht vielmehr darum, den Zuzug von erwerbstätigen Menschen zu fördern, um die „soziale Mischung“ im Kiez zu verbessern, mit der Folge, dass diejenigen wegziehen müssen die sich die Wohnung im Kiez dann nicht mehr leisten können.

In dem Abendblatt-Artikel, der nach einer Aktion der „Überflüssigen“ im Büro des QM erschien, wird eine „autonome Kampagne“ herbeigeredet. Dort wird behauptet, dass es eine ständige Steigerung von Aktionen und vor allem eine zunehmende Gewaltbereitschaft gäbe, die ...

sich auch in einer angeblichen Gewaltandrohung gegen QM-MitarbeiterInnen zeigt. Die Aktionen gegen die QM-Strukturen werden dabei einer erfundenen „autonomen Verschwörung“ zur Last gelegt. Eine solche Verschwörung hatte bereits der Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky Ende letzten Jahres auf einer Bezirksverordnetenversammlung gewittert. Der SPD-Politiker, der oft durch seine rassistischen Äußerungen und seine Hetze gegen sozial benachteiligte BewohnerInnen des Stadtteils von sich reden macht, erklärte dort die „Ursachen“ des Widerstands: Es handle sich bei den Kritikern um „politische Überzeugungsreisende“, um junge Menschen, die „Erfahrung sammeln zur Überwindung des Gesellschaftssystems“. Auch an diesem Beispiel können wir sehen, dass die Offiziellen es sich nicht vorstellen können, dass es Menschen gibt, die schlichtweg die Nase voll haben, sich zusammentun, um etwas gegen das, was ihnen nicht passt, zu unternehmen – ganz **ohne autonome Verschwörung**.

Das Erfinden von Menschen und Gruppierungen, die angeblich von außerhalb kommen und die sozialen Verhältnisse Neuköllns als Vorwand nutzen, um ihre gesellschaftlichen Vorstellungen zu verbreiten, ist wohl Teil einer

Kalkulation. Denn wenn die Politik anerkennen würde, dass es sich bei den kritischen, protestierenden Menschen einfach um AnwohnerInnen handelt, müsste sie die Politik der Verdrängung als Problem der dort lebenden Menschen anerkennen. In der Vorstellung der Herrschenden gibt es aber keine Verdrängung, sondern nur Verbesserung. Auch das Berliner Abendblatt sieht das so und beendet seinen Artikel mit folgenden Worten: „In der Okerstraße, wo sich die Linksautonomen keine Veränderung wünschen, gibt es Häuser, in denen bis zu einem Dutzend Menschen pro Zimmer wohnen. [...] Dass Kinder nicht zur Schule, sondern betteln gehen, scheint kein Problem zu sein.“ Dass das natürlich **ein Problem ist**, ist wohl mehr als selbstverständlich. Dennoch ist das „Berliner Abendblatt“ der Meinung, die „Linksautonomen“ wollen keine Verbesserung, weil sie keine „Task Force“, Repression sowie Kontrolle und keine staatliche Bevormundung wollen. Wenn das die gängigen Vorstellungen von Verbesserungen sind, dann wollen auch wir sie nicht! Niemand wird sich aber beschweren, wenn den Menschen etwa bessere Wohnungen und mehr Unterstützung, mehr Solidarität und die Möglichkeit auf ein besseres Leben gegeben wird! ─

Demnächst in deinem Stadtteil

07. April

Informationsveranstaltung zur Eröffnung des Tempelhofer Feldes

Mit „Reclaim Tempelhof“ in der „F54“
Friedelstraße 54 um 21 Uhr

12. April

Stadtteilversammlung für den Schillerkiez

Mit Kurzvortrag: „Formen des Widerstands“ in der „Lange Nacht“
Weisestraße 8 um 20 Uhr, U-Bhf: Boddinstraße

15. April

Bürgerforum Richardkiez

Um 19:30 Uhr im Jugend- und Gemeinschaftshaus „Scheune“
Mögliche Änderungen unter www.komed-ev.de erfragen.

30. April

Das QM lädt zur Anwohnerversammlung mit Wahl des Quartiersrats ein.

Um 17:30 Uhr in der Genezareth-Kirche am Herrfurthplatz

Wem gehört der Schillerkiez?

Schon vor der Schließung des Flughafens Tempelhof waren Immobilienhändler und Investoren im Gebiet des QM Schillerpromenade unterwegs, um Häuser und Wohnanlagen zu erwerben. Die bisher von Einzeleigentümern geprägte Hausbesitzerstruktur ist in Veränderung begriffen und die neuen Besitzer wollen mehr Geld aus ihren Wohnungen rausholen. Vielfach sollen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, zahlungskräftigere Mieter sind im Quartier erwünscht. Dann droht eine Verdrängung derjenigen, die diese Mieten nicht mehr zahlen können.

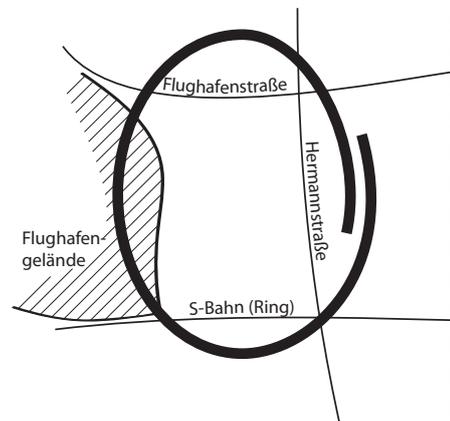
Um diese Veränderungen zu erfassen, haben wir diesen Fragebogen entworfen. Es geht uns überwiegend um das QM-Gebiet Schillerpromenade welches der Bereich zwischen dem ehemaligen Flughafen, der Flughafenstrasse, Hermannstrasse und S-Bahntrasse ist. Aber Antworten aus den umliegenden Kiezen sind auch erwünscht.

www.nk44.blogspot.de/umfrage/



Kiezfragebogen

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.



Straße

Hausnummer

--	--

Hauseigentümer

Hausverwaltung

- Haus gehört einer Eigentümergemeinschaft
- Wohnung steht leer

Leerstand seit wann oder wie lange ungefähr?

Zustand des Hauses / der Wohnungen

Geplante Aktivitäten
(Sanierung, Eigentümerwechsel, etc.)

Warmmiete in €

--	--	--

Wohnfläche in m²

--	--	--

Anmerkungen
(Ärger mit dem Jobcenter / Vermieter)

Datum

		.		.	

Kontakt (z. B. Email, Telefon. Freiwillig!)

--

Dieser Fragebogen kann im Stadtteilladen Lunte abgegeben werden,

Weisestraße 53, Tel.: 622 32 34 / Dienstags 16-18 Uhr, Donnerstags ab 20 Uhr



Nicht länger , selber 

Quartiersmanagement Schillerpromenade und Task Force Okerstrasse

Umfassende Zusammenstellung von Texten und Artikeln

www.tfa.blogspot.de/materialien/

Gentrification Blog

Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen und Mieter/innenkämpfen

www.gentrificationblog.wordpress.com/

Stadtpolitik für die Mittelklasse

eine Zusammenfassung von Beiträgen und Links

www.gentrificationblog.wordpress.com/2010/02/09/berlin-stadtpolitik-fur-die-mittelklasse/

Karla Pappel

Initiative gegen Mietpreiserhöhungen und Verdrängung in Alt-Treptow

www.karlapappel.wordpress.com/

Berliner Mietergemeinschaft

www.bmgev.de/

Kampagne „Steigende Mieten Stoppen“

www.mietenstopp.blogspot.de/

Kampagne gegen Hartz4

www.hartzkampagne.de/

Kampagne „Wir bleiben Alle“

www.wba.blogspot.de/

Auf zu neuen Ufern: Mediaspree Entern!

www.mediaspreeentern.blogspot.de/

Kampagne „Kein Ort für Nazis“ – Neukölln gegen Nazis

www.neukoelln-gegen-nazis.de/

Das gemeine Wesen – Magazin aus Nord-Neukölln

www.das-gemeine-wesen.blog.de/

Info- und Stadteilladen Lunte

Weisestrasse 53, U-Bhf: Boddinstrasse

www.dielunte.de/

Sammlung von Adressen in Neukölln

www.om44.de/index.php?title=Neukoelln/

Keiner muss allein zum Amt

solidarische Begleitung zum Jobcenter

www.zahntagberlin.blogspot.de/

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Quartiersmanagement
Task Force
Stadterneuerung Newölln
Integration
Sanierungsgebiet
Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft
Zwangswürdige
Repressionen
Mietstigmierung
Gentrifizierung
Gesellschaft



Nicht gefördert durch:

